

Corporate Social Responsibility

Wirtschaft und Werte

Position
Stand: Juli 2020

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Wirtschaft und Werte bedingen sich

Markt und Wettbewerb sind die Triebfedern für Innovationen und Entwicklung – damit werden auch Wachstum und sozialer Fortschritt erst möglich. Für eine funktionierende Wirtschaft und Gesellschaft sind diese beiden Ziele unabdingbar und moralisch geboten. Dennoch sieht sich die Marktwirtschaft immer wieder der Kritik ausgesetzt, nur das Eigeninteresse zu belohnen und zur Ungerechtigkeit beizutragen. Es wird unterstellt, dass Markt und Moral miteinander unvereinbar sind.

In unserem vorliegenden Positionspapier zeigen wir auf, wie Wirtschaft und Werte miteinander in Einklang gebracht werden können. Die Verknüpfung gelingt, wenn die Marktwirtschaft in eine Rahmenordnung eingebettet wird, die dafür Sorge trägt, das Eigeninteresse des Einzelnen so zu steuern, dass es zum gesamtgesellschaftlichen Nutzen beiträgt.

Die positiven Effekte der Marktwirtschaft können so genutzt werden, gesellschaftspolitisch wünschenswerte Ziele zu erreichen und eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.

Bertram Brossardt
Juli 2020

Inhalt

Position auf einen Blick		3
1	Wirtschaft und Werte	4
1.1	Ethik und Wirtschaft – Problemaufriss	4
1.2	Lösungsansätze der Wirtschaftsethik	5
2	Marktwirtschaft, Wachstum und Nachhaltigkeit	6
2.1	Nachhaltigkeit und Marktwirtschaft	6
2.2	Drei gleichrangige Nachhaltigkeitsziele	7
2.3	Marktwirtschaft fördert Entwicklung	8
2.4	Ökologische Transformation braucht Marktwirtschaft	10
Ansprechpartner / Impressum		13

Position auf einen Blick

Leitgedanken zum Verhältnis von Wirtschaft und Werten

Die Marktwirtschaft besitzt einen Eigenwert aufgrund der Ziele, die sie anstrebt. Markt und Wettbewerb ermöglichen Wachstum sowie sozialen Fortschritt. Sie stiften damit gesellschaftlichen Nutzen und sichern die individuelle Freiheit.

Markt und Moral widersprechen sich nicht. Das Bindeglied zwischen den Beiden ist die Rahmenordnung. Diese muss so ausgestaltet werden, dass ethisch korrektes Handeln des Einzelnen nicht zu Wettbewerbsnachteilen führt, sondern durch den Markt belohnt wird.

Globale Nachhaltigkeitsziele im Bereich der Ökologie und des Sozialen lassen sich nur erreichen, wenn sie im Einklang mit ökonomischen Interessen stehen und nicht zu einseitigen Wettbewerbsnachteilen führen. Daher ist wichtig, diese Zielsetzung soweit wie möglich über Marktmechanismen und nicht über direkte Eingriffe ins Marktgeschehen zu lösen.

Sozialer und technologischer Fortschritt in Schwellen- und Entwicklungsländern wird sich nur über Wirtschaftswachstum realisieren lassen. Erfolgreiche Entwicklungspolitik hängt deshalb entscheidend davon ab, wie gut es gelingt, in diesen Ländern Institutionen zu etablieren, die ausländische Direktinvestitionen attraktiv machen.

Eine erfolgreiche ökologische Transformation kann nicht gegen Markt, d. h. durch verzerrende regulierende Eingriffe erreicht werden, sondern vor allem dann, wenn durch den Wettbewerb und die Rahmenordnung Anreize für Innovationen und technologischen Fortschritt geschaffen werden.

1 Wirtschaft und Werte

Einschätzungen aus der Perspektive der Wirtschaftsethik

Die Diskussion um Werte und Wirtschaft dreht sich hauptsächlich um die Frage, ob und wie moralische Normen und Wertvorstellungen im Kontext einer marktwirtschaftlichen Ordnung zur Geltung gebracht werden können. Die Wirtschaftsethik versucht, auf diese Frage Antworten zu finden.

Dabei werden die Logik der Marktwirtschaft und das entsprechende Handeln der Wirtschaftssubjekte nicht in Frage gestellt, sondern es werden Lösungen gesucht, wie das rationale Verhalten des Einzelnen so beeinflusst werden kann, dass es zum gesamtgesellschaftlichen Nutzen beiträgt. Ziel der Wirtschaftsethik ist es daher aufzuzeigen, wie unabhängig vom Nutzen des Einzelnen ein gesamtgesellschaftlich optimales Ergebnis erreicht werden kann.

1.1 Ethik und Wirtschaft – Problemaufriss

Die Marktwirtschaft basiert auf dem Wettbewerbsprinzip. Im Wettbewerb wird aber das moralische Handeln eines Einzelnen nicht zwingend belohnt, vielmehr können dadurch Nachteile drohen, die bis zum Ausscheiden aus dem Markt reichen können. Ein Unternehmen, das sich z. B. als einziger im Markt zu besonders strengen Umweltauflagen verpflichtet und daher eine höhere Kostenbelastung zu tragen hat, hat zunächst einmal einen Wettbewerbsnachteil. Zwar können diese Anstrengungen durch die Verbraucher honoriert werden, beispielsweise wenn diese eine Präferenz für umweltfreundliche Produkte haben. Ist dies aber nicht der Fall, wird sich das Unternehmen nicht im Wettbewerb behaupten können.

In der Konkurrenzsituation der Marktwirtschaft scheinen Moral und Eigeninteresse daher zunächst schwer miteinander vereinbar. Wirtschaftsskandale, Betrugsfälle und Verstöße gegen Arbeits- und Sozialstandards erhärten diesen Verdacht. Somit ist es nicht verwunderlich, dass die Forderung erhoben wird, über gesetzliche Vorgaben die einzelnen Marktakteure zu einem moralischen Handeln zu zwingen und den freien Markt Grenzen zu setzen. Dieser Ansatz ist aber nicht zielführend, denn es besteht das Risiko, dass auch positive Effekte der Marktwirtschaft verloren gehen.

Der Wert der Marktwirtschaft liegt in den Ergebnissen, die sie hervorbringt. Der Wettbewerb spielt dabei ebenso wie das Eigeninteresse der Wirtschaftssubjekte eine zentrale Rolle, denn aus dieser Kombination entstehen Innovation und Fortschritt, ebenso wie Effizienz und Wohlstand. Außerdem kommt es so einer Vielfalt an Produkten und Dienstleistungen, von der der Konsument profitiert. Markt und Wettbewerb erhalten eine ethische Rechtfertigung aufgrund der gesellschaftlichen Ziele, die erreicht werden.

Um den vermeintlichen Dualismus zwischen Markt und Moral aufzuheben, gilt es zunächst anzuerkennen, dass ein individuelles moralisches Verhalten am Markt nicht zwangsläufig möglich ist. Der Grund hierfür liegt nicht in der mangelnden Motivation der Wirtschaftssubjekte, sondern in den Anreizen des Wettbewerbs, die moralisches Handeln nicht immer attraktiv erscheinen lassen.

Markt und Moral sind dann miteinander vereinbar, wenn es gelingt, Wege zu finden, das Eigeninteresse sozialverträglich zu kanalisieren. Hierfür ist es nötig, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, die sicherstellen, dass Moral nicht zum Wettbewerbsnachteil wird und der Einzelne nicht dafür „bestraft“ wird, wenn er moralisch handelt.

1.2 Lösungsansätze der Wirtschaftsethik

Aufgabe der Wirtschaftsethik ist es, Moral in die Logik der Ökonomie umzusetzen und den Rahmen zu skizzieren, in dem Anreize so wirken, dass sich die einzelnen Wirtschaftssubjekte moralisch verhalten. Ähnlich wie beim Sport sind es auch im Bereich der Wirtschaft die Regeln, die über die Rahmenordnung festgelegt werden und für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen müssen.

Diese Rahmenordnung muss so ausgestaltet werden, dass faire Wettbewerbsbedingungen garantiert sind und ein gesamtgesellschaftlich optimales Ergebnis erzielt werden kann. Das individuelle moralische Verhalten darf nicht zu Wettbewerbsnachteilen führen, daher müssen die festgelegten Regeln für alle gelten. Neben dieser Rahmenordnung müssen zudem die institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden, dass jeder von den Vorzügen des Wettbewerbs profitieren kann. So gilt es, Eigentumsrecht zu definieren, die Vertragsfreiheit sicherzustellen, Haftungsregeln zu etablieren und über Kartellgesetze den Wettbewerb auf den Märkten aufrechtzuerhalten und ein Marktversagen zu verhindern.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die Durchsetzung der festgesetzten Rahmenordnung und Regeln. Die Herausforderung besteht darin, die Kontrolle über die Einhaltung der Regeln möglichst effizient zu gestalten. Es ist kaum möglich, das Verhalten jedes Einzelnen zu verfolgen und jegliches Fehlverhalten zu sanktionieren. Regeln müssen deshalb so ausgestaltet werden, dass sich Anreize ergeben, sie zu befolgen.

Eine solche Rahmenordnung kann nicht nur durch den Staat gesetzt werden, sondern z. B. auch durch Institutionen der Wirtschaft. Insbesondere auf internationaler Ebene können solche Vereinbarungen von Unternehmen einer Branche dazu beitragen, soziale und ökologische Ziele wettbewerbsneutral umzusetzen.

Durch solche Vereinbarungen oder Bündnisse können nicht vorhandene oder unvollständige Rahmenordnungen zum Teil kompensiert werden. Die Unternehmen können von solchen Initiativen dahingehend profitieren, dass Risiken ihrer Geschäftstätigkeit im Hinblick auf Sozial- und Umweltstandards minimiert werden und so Reputationsgewinne realisiert werden können. Zudem wird so das Vertrauen gestärkt, wodurch sich Transaktionskosten senken lassen.

2 Marktwirtschaft, Wachstum und Nachhaltigkeit

Marktwirtschaft nutzen, um Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Untrennbar verknüpft mit der Frage, wie und ob die Marktwirtschaft moralischen Normen Rechnung trägt, ist die Diskussion, wie in einer Marktwirtschaft Nachhaltigkeitsziele erreicht werden können. Der gängige Vorwurf lautet, dass das Streben nach Wirtschaftswachstum nicht vereinbar mit dem Nachhaltigkeitsgedanken ist.

Die Wachstumskritik nimmt ihren Ausgangspunkt bei den Überlegungen, dass natürliche Ressourcen begrenzt sind. Ein kontinuierliches Produktionswachstum führt zu einem fortlaufenden Ressourcenverbrauch, in dieser Logik, die weder wachsende Effizienz noch Möglichkeiten von Regeneration und Recycling beachtet, führt stetiges Wirtschaftswachstum zum Kollaps des natürlichen Systems.

Neben der ökologischen Facette wird außerdem immer stärker die sozialen Dimension in den Blick genommen und unterstellt, dass das derzeitige Wirtschaftswachstum nicht „inklusiv“ ist. Der Vorwurf zielt darauf ab, dass aktuell nur wenige vom wirtschaftlichen Wachstum profitieren, aber keine breite gesellschaftliche Teilhabe erreicht wird. Das gilt insbesondere im globalen Kontext.

Diese Sichtweise auf das wirtschaftliche Wachstum blendet aus, dass dieses Grundvoraussetzung dafür ist, soziale und ökologische Ziele zu erreichen und damit eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.

2.1 Nachhaltigkeit und Marktwirtschaft

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet langfristig orientiertes Denken und Handeln, um so den Fortbestand eines Unternehmens aber auch einer Volkswirtschaft insgesamt, für die Zukunft zu sichern. Möglich wird dies nur durch den sorgfältigen Einsatz von beschränkten Ressourcen. Das gilt für alle Produktionsfaktoren.

Ein effizienter und sparsamer Materialeinsatz etwa reduziert Kosten und kann so zu Wettbewerbsvorteilen führen. Ausschlaggebend hierfür sind aber der technische Fortschritt und Innovationen, die zustande kommen, weil die Marktwirtschaft die entsprechenden Impulse setzt und der Wettbewerb solche Anstrengungen belohnt. Fortschritte beim Umwelt- und Klimaschutz brauchen genauso wie Verbesserungen bei der Energie- und Ressourceneffizienz die Anreize, die durch Markt und Wettbewerb gesetzt werden.

Mit Blick auf die Ressource Personal führt der Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dazu, dass es künftig schwieriger werden wird, geeignete Fachkräfte zu finden.

Eine nachhaltige Personalstrategie wird deshalb darauf aufbauen, über Qualifizierungen, Weiterbildung, betriebliches Gesundheitsmanagement, etc. dazu beizutragen, Mitarbeiter für neue Anforderungen fit zu halten und an das Unternehmen zu binden.

Ein nachhaltiger Kapitaleinsatz ist letztlich Basis für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg, weil so sichergestellt wird, dass dauerhaft die notwendigen finanziellen Ressourcen für Investitionen zur Verfügung stehen.

Auf volkswirtschaftlicher Ebene bedeutet eine nachhaltige Finanzpolitik, finanzielle Handlungsspielräume für nachfolgende Generationen zu erhalten. Eine übermäßige Verschuldung, bzw. Schulden, die nicht für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit eines Landes genutzt werden, sind kritisch zu sehen. Entsprechend muss es Ziel einer Sozial- und Umverteilungspolitik sein, Chancengerechtigkeit zu schaffen und so für weite Teile der Gesellschaft eine Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg zu ermöglichen. Eine Umverteilung, die den Status Quo zementiert und keine langfristigen Perspektiven schafft, ist nicht nachhaltig und gefährdet die Generationengerechtigkeit.

2.2 Drei gleichrangige Nachhaltigkeitsziele

Das Konzept der Nachhaltigkeit basiert auf den drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales. Nachhaltiges Handeln bedeutet daher, dass wirtschaftliche, soziale und ökologische Interessen gleichberechtigt berücksichtigt werden müssen und keine Dimension gegenüber einer anderen Vorrang erhält. Dieser Dreiklang muss auch Beachtung finden, wenn seitens der Politik Nachhaltigkeitsziele definiert werden. Soziale und ökologische Vorgaben dürfen nicht zu Lasten der Ökonomie gehen.

Über die Rahmenordnung der Sozialen Marktwirtschaft kann die Gleichwertigkeit dieser drei Ziele sichergestellt werden, indem anstelle von Vorgaben und Eingriffen in den Markt entsprechende Anreize gesetzt werden. Nachhaltigkeitsziele müssen daher in die Logik der Marktwirtschaft übersetzt werden. So kann sichergestellt werden, dass Nachhaltigkeitsziele wettbewerbsneutral erreicht werden können und keine Benachteiligungen für einzelne Marktteilnehmer entstehen. Während Ge- und Verbote zu ineffizienten Ergebnissen führen, tragen marktkonforme Instrumente dazu bei, über den Marktmechanismus z. B. durch veränderte Preise, das Nachfrageverhalten in Richtung Nachhaltigkeit zu steuern. Ein Beispiel hierfür sind indirekte Steuern auf den Ressourcenverbrauch oder der Handel mit Emissionszertifikaten.

Auch ein geändertes Nachfrageverhalten der Konsumenten kann entsprechende Anreize für ein nachhaltiges Handeln der Unternehmen setzen. Steigt die Nachfrage für nachhaltige Produkte, bieten sich für Unternehmen neue Absatzmärkte und Gewinnerzielungsmöglichkeiten.

Ebenso sind soziale Sicherheit und Stabilität eine Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Wachstum. Ohne ein Grundmaß an sozialer Sicherheit gehen Menschen kein wirtschaftliches Risiko ein, das aber notwendig für Innovationen und Leistungs-

fähigkeit ist. Ein intaktes soziales Umfeld ist auch für die Wirtschaft von zentraler Bedeutung und eine wichtige Voraussetzung für eine Investitionsbereitschaft am Standort.

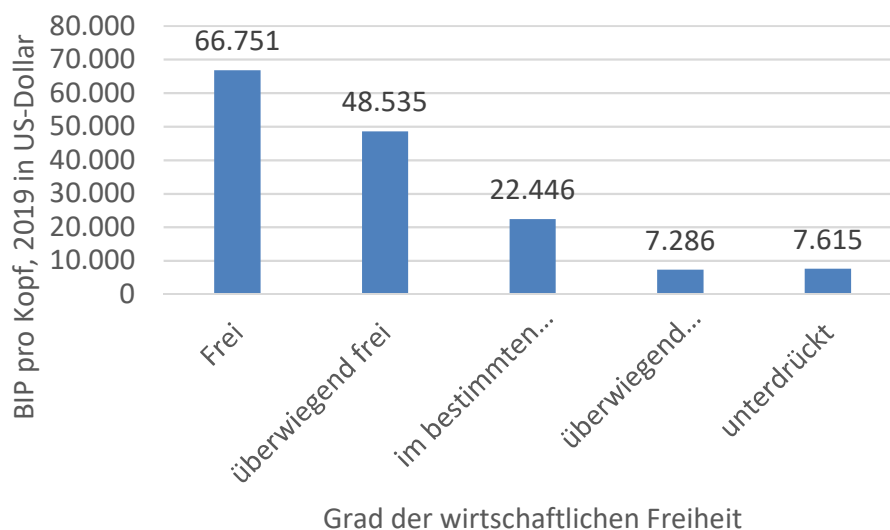
2.3 Marktwirtschaft fördert Entwicklung

Im Kontext der Entwicklungspolitik wird immer wieder die zentrale Fragestellung diskutiert, ob Entwicklungs- und Schwellenländer vor den globalen Märkten geschützt werden müssen oder ob wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt nur durch eine Öffnung für diese Märkte möglich ist. Durch eine solche Fragestellung wird ein wesentlicher Aspekt ausgeblendet. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung ist immer an Wachstum geknüpft, Ziel der Entwicklungspolitik muss es daher sein, Wege für Wachstum zu schaffen.

Wirtschaftswachstum trägt zur Reduktion von Armut bei. So gilt als Faustformel, dass ein Prozent jährliches Wirtschaftswachstum die Armut um 1,7 Prozent verringern kann. Länder mit einem hohen Maß an wirtschaftlicher Freiheit verfügen über ein deutlich höheres Pro-Kopf-Einkommen. Die nachfolgende Grafik veranschaulicht diesen Zusammenhang. Der Indikator zur wirtschaftlichen Freiheit setzt sich dabei aus Teilbereichen wie Umfang der Staatstätigkeit, Sicherung von Eigentumsrechten, Freihandel und Regulierung der unternehmerischen Tätigkeit zusammen.

Abbildung 1

Einfluss von wirtschaftlicher Freiheit auf das Einkommen

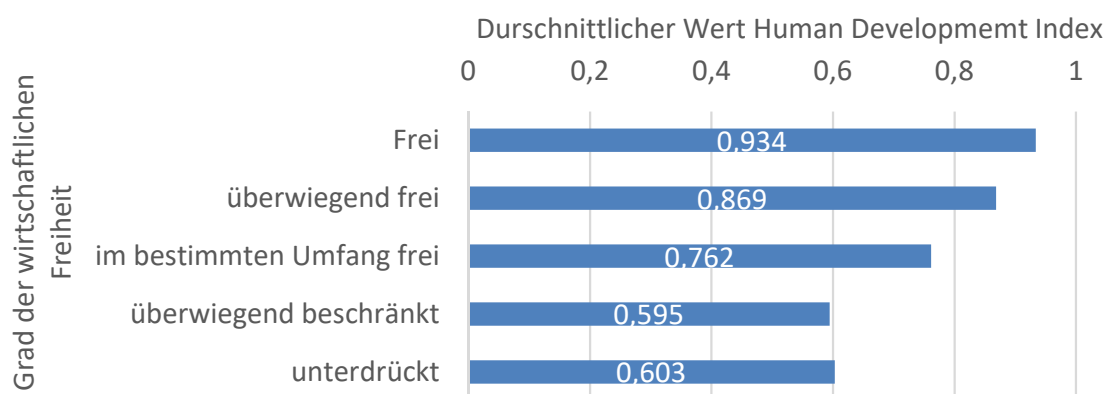


Quelle: Index of Economic Freedom 2020, Heritage Foundation, eigene Darstellung

Ein hohes Maß an wirtschaftlicher Freiheit wirkt sich aber nicht allein auf die Höhe des Pro-Kopf-Einkommens aus, sondern hat auch Effekte auf Faktoren wie zum Beispiel Gesundheit, Lebenserwartung, Bildung und Umweltschutz. Stellt man den Grad der wirtschaftlichen Freiheit in Kontext zu dem „Human Development Index“ der Vereinten Nationen, zeigt sich, dass Länder mit einem hohen Maß an wirtschaftlicher Freiheit einen höheren Entwicklungsstand (ausgedrückt durch einen höheren Wert des Human Development Index) erreichen. Zum Vergleich: Für Deutschland wurde zuletzt ein Human Development Index von 0,939 ausgegeben, für die Schweiz lag der Wert bei 0,946.

Abbildung 2

Wirtschaftliche Freiheit und Entwicklungsstand



Quelle: Index of Economic Freedom 2020, Heritage Foundation, eigene Darstellung

Die Herausforderung für die Zukunft besteht darin, weitere entwicklungspolitische Fortschritte zu erreichen, insbesondere in den Ländern, die bislang kaum an der Globalisierung partizipiert haben. Daher gilt es dort die Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum zu stärken und privatwirtschaftliche Investitionen zu ermöglichen.

Durch die im September 2015 festgelegten „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen wird klar betont, dass die Ziele der Entwicklungspolitik nur partnerschaftlich erreicht werden können und neben Staaten und Organisation weitere Akteure wie die Privatwirtschaft eingebunden werden müssen. Investitionen von Unternehmen in Schwellen- und Entwicklungsländern gewinnen damit noch mehr an Bedeutung.

Bereits heute spielen ausländische Direktinvestitionen (FDI) eine wichtige Rolle für die Entwicklungspolitik. Unternehmen, die in Schwellen- und Entwicklungsländern investieren

sorgen nicht nur für Kapitalzuflüsse, sondern schaffen Arbeitsplätze und leisten über den Technologie- und Humankapitaltransfer einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation.

Zudem besitzen FDI im Vergleich zu den herkömmlichen Entwicklungshilfegeldern den Vorteil, wesentlich effizienter zu wirken. Während Entwicklungshilfe oftmals nach dem Gießkannenprinzip über die einzelnen Länder verteilt wird, entscheidet bei FDI der Marktteilnehmer in welchen Bedarf er in welcher Höhe investieren will, somit kommt es zu einem effizienteren Kapitaleinsatz.

Grundvoraussetzung für FDI sind jedoch verlässliche Rahmenbedingungen in den jeweiligen Entwicklungsländern. Nur wenn Institutionen etabliert werden und die Rechtsstaatlichkeit sowie eine faire Wettbewerbsordnung garantiert werden, werden Unternehmen zu entsprechenden FDI bereit sein.

2.4 Ökologische Transformation braucht Marktwirtschaft

Globale Umwelt- und Klimaschutzziele werden sich nur erreichen lassen, wenn Innovationen und technologischer Fortschritt zu einem effizienteren Umgang mit Energie und Rohstoffen führen und neue Technologien hervorbringen. Damit dies gelingt, braucht es allerdings die Anreize aus Marktwirtschaft und Wettbewerb.

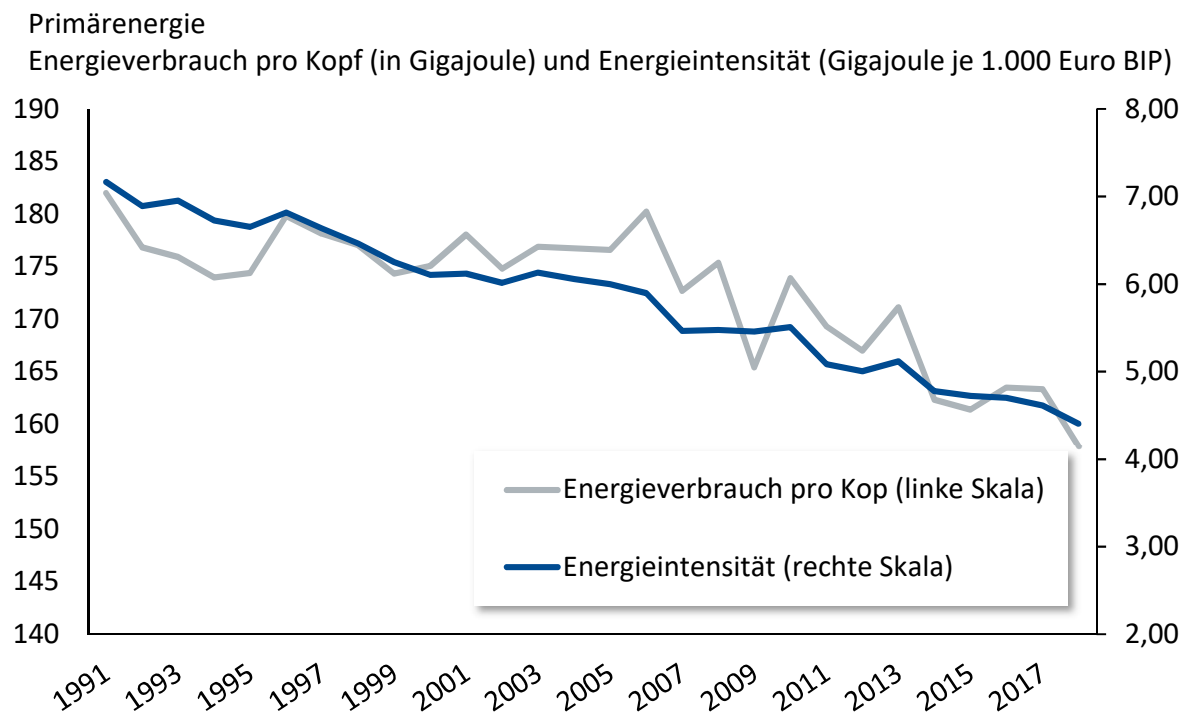
Als Beleg für die Bedeutung von unternehmerischen Aktivitäten für Fortschritte beim Umwelt- und Klimaschutz kann die Entwicklung der Umwelttechnikbranche herangezogen werden. Das Marktvolumen der Umwelttechnik und Ressourceneffizienz in Deutschland lag 2016 bei 347 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2025 wird ein Anstieg auf 738 Milliarden Euro erwartet. Die jährliche Wachstumsrate der deutschen Green-Tech Branche würde in dem Zeitraum somit bei etwa 8,8 Prozent liegen. Weltweit rechnet man für die Branche mit einer jährlichen Wachstumsrate von 6,9 Prozent in diesem Zeitraum. Diese Zahlen zeigen, dass die Nachfragen nach „Green-Tech“ steigt, im Umkehrschluss bestehen entsprechende Anreize für Unternehmen in diesem Bereich tätig zu werden.¹

Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre ging einher mit Verbesserungen der Umweltbedingungen. Der Energieverbrauch pro Kopf bzw. Produktionseinheit ist gesunken, entsprechend konnten Emissionen reduziert werden. Gleichzeitig ist nimmt der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Energieerzeugung stetig zu.

Durch technische Innovationen, die zu Effizienzsteigerungen geführt haben, ist der relative Energieverbrauch zuletzt deutlich gesunken. Während dieser Mitte der 2000er Jahre noch bei um die 180 Gigajoule pro Kopf und Jahr lag, ist er Stand 2018 auf 158 Gigajoule gesunken. Bezogen auf die Wirtschaftsleistung sank der Energieverbrauch ebenfalls deutlich, von 5,93 Gigajoule pro 1.000 Euro BIP in 2006 auf 4,4 Gigajoule pro 1.000 Euro BIP in 2018.

¹ Vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Hrsg.): GreenTech made in Germany 2018, Umwelttechnik-Atlas für Deutschland, 2018

Abbildung 3
Energieintensität

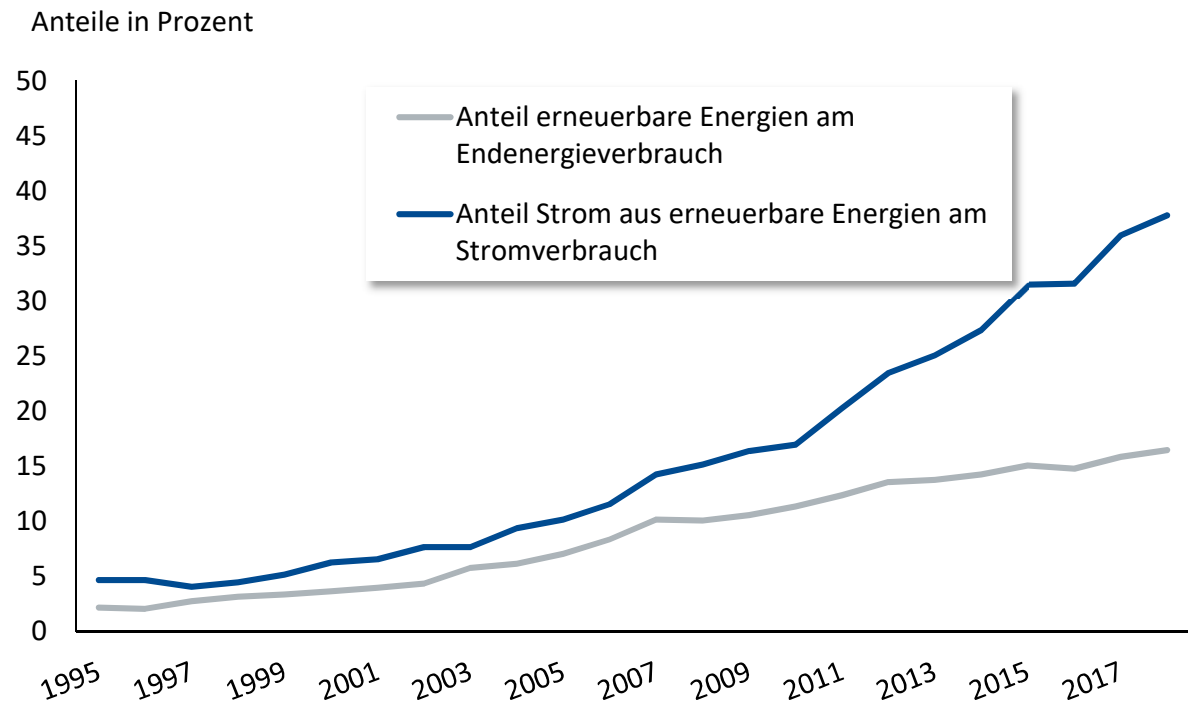


Quelle: Destatis

Eine Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit ist auch bei der Energieerzeugung festzustellen. Der Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch lag 1995 bei lediglich zwei Prozent und konnte bis 2018 auf 16,5 Prozent gesteigert werden. Mit Blick auf den Stromverbrauch ist eine noch eindeutiger Entwicklung zu verzeichnen. Der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch ist von unter fünf auf 37,8 Prozent im Zeitraum von 1995 bis 2018 angewachsen.

Abbildung 4

Anteil erneuerbarer Energien



Quelle: Destatis

Ansprechpartner / Impressum

Beate Neubauer

Abteilung Sozial- und Gesellschaftspolitik

Telefon 089-551 78-534

Telefax 089-551 78-214

beate.neubauer@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Juli 2020